



Gemeinsam gegen Terror und Hass!

Resolution der Europaministerkonferenz

Nach den schrecklichen Anschlägen, die am 22. März 2016 das Zentrum der Europäischen Union erschüttert haben, stehen die Mitglieder der Europaministerkonferenz fest an der Seite der unmittelbar betroffenen Menschen, der Angehörigen und Hinterbliebenen der Opfer, der Stadt Brüssel und des belgischen Volkes. Wir treten gemeinsam für eine freie und offene Europäische Union ein, die zugleich sicher und stark ist und deren Bürgerinnen und Bürger auf der Grundlage gemeinsamer Werte in Frieden und Freiheit miteinander leben können.

1. Wir sind zutiefst erschüttert über die Anschläge in Brüssel. Wir trauern um die vielen Opfer und sind in unseren Gedanken bei den Familienangehörigen. Wir sprechen den Hinterbliebenen der Opfer, der Hauptstadt Brüssel und dem belgischen Volk unser tief empfundenes Beileid aus.
2. Die Anschläge sind ein Angriff auf Europas Freiheit und Grundwerte. Sie sind abscheuliche und von blindem Hass geleitete Akte der Barbarei, die nicht nur gegen die Bürgerinnen und Bürger einer Stadt, sondern gegen unsere Demokratie, unsere Kultur und unsere Art zu leben gerichtet sind.
3. Religion darf nicht für mörderische Zwecke missbraucht werden. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass die europäischen Staaten geschlossen gegen islamistische Radikalisierungstendenzen auftreten und den Terrorismus mit aller Härte bekämpfen. Die demokratischen Grundwerte, auf die unsere Gesellschaft aufbaut, dürfen nicht infrage gestellt werden. Hierfür treten wir mit aller Entschlossenheit ein.
4. Die europäischen Grundwerte müssen nicht nur von Regierungen, sondern von allen Bürgerinnen und Bürgern aktiv verteidigt werden. Dazu gehören das Bekenntnis zu Demokratie, die Achtung vor dem Leben, vor der Menschenwürde und vor anderen Religionen. Nur wer diesen grundlegenden Prinzipien folgt, kann Teil einer demokratischen, friedlichen und gerechten europäischen Gesellschaft sein. Dies gilt für alle Menschen, für jene, die hier wohnen, ebenso wie für jene, die hierher kommen, unabhängig von Religion, Herkunft und kultureller Prägung.

Brüssel, 29. April 2016

Für die Länder



Baden-Württemberg



Bayern



Berlin



Brandenburg



Bremen



Hamburg



Mecklenburg-Vorpommern



Niedersachsen



Nordrhein-Westfalen



Rheinland-Pfalz



Saarland



Sachsen



Sachsen-Anhalt



Schleswig-Holstein



Thüringen

Lucia Puttrich

Staatsministerin, Hessen
Vorsitzende der Europaministerkonferenz

